Vier Jahre zu hohe Kreditzinsen gezahlt VG-Bürgermeister Stumpf "froh" über Aufarbeitung/Voba Rhein-Selz: Vereinbarungen eingehalten

Vom 07.12.2005

VG BODENHEIM Auf etwa 400 000 Euro schätzt die Kommunalaufsicht bei der Kreisverwaltung Mainz-Bingen den Schaden, der der Verbandsgemeinde Bodenheim zwischen 2001 und 2004 entstanden ist, weil sie für Kassenkredite zu hohe Zinsen bezahlt hat. Der parteilose VG-Bürgermeister Reinhold Stumpf hatte die Aufsichtsbehörde eingeschaltet, als ihm bei den Haushaltsberatungen im Frühjahr 2005 auffiel, dass die VG Bodenheim für die Kassenkredite einen Zinssatz von 4,3 Prozent bezahlte.

Von
Michael Wenke
"Ich habe ein hartes Jahr hinter mir", gesteht Stumpf im Gespräch mit unserer Zeitung. Als ihm der hohe Zinssatz für die Kassenkredite auffiel - üblich sind seit Längerem zwei bis 2,5 Prozent - habe er umgehend die Kommunalaufsicht eingeschaltet und in der Verbandsgemeinde unverzüglich "das Kassenkreditmanagement umgestellt." Laut Stumpf wurde "elf Monate vor meinem Amtsantritt" unter Amtsvorgänger Gerhard Krämer (CDU) für die Kassenkredite "eine längerfristige Vereinbarung mit der Hausbank (die Volksbank Rhein-Selz eG mit Sitz in Nierstein, die Red.) getroffen, die quasi den Zinssatz festgeschrieben hat". Das stelle einen "Verstoß gegen das Haushaltsrecht" dar. Über das "Gentleman-Agreement" existiere "wohl nichts Schriftliches", meinte Stumpf auf Nachfrage. Der Verbandsbürgermeister spart nicht mit Kritik an der Bank. Diese habe zwar immer an die "Prolongation" (Verlängerung einer Kreditfrist) erinnert. Aber als "bester Kunde unserer Hausbank" hätte er erwartet, dass diese auf sich verändernde beziehungsweise sinkende Zinssätze hinweise, sagt Stumpf. Gespräche mit der Bank, mit dem Ziel möglicherweise zu viel bezahltes Geld zurückzubekommen, seien ergebnislos geblieben: "Die Bank sieht kein Verschulden", sagt Stumpf. Als Konsequenz sei für Kassenkredite die Hausbank gewechselt worden. "Jetzt rufen wird bundesweit ab", erklärt er die nun übliche Suche nach dem günstigsten Anbieter. Gerhard Krämer (CDU, bis zu seiner Verabschiedung im Jahre 2002 30 Jahre VG-Bürgermeister) erklärt auf Anfrage unserer Zeitung, das es mit der Hausbank keine längerfristige Kreditabsprache gegeben habe: "Das ist natürlich Unfug!" Es habe immer neue Verträge geben und "zu Beginn sind Kredite auch ausgeschrieben" worden. Doch "die Volksbank Nierstein lag da immer günstig". Weshalb die Kredite schließlich ohne Ausschreibung bei der Bank aufgenommen wurden. Allerdings seien deren Zinsforderungen "immer verglichen worden". Dieter Steffan, Vorstandsmitglied der Volksbank Rhein-Selz eG mit Sitz in Nierstein, sieht das etwas anders: "Wir haben ein Vertragsverhältnis (mit der Verbandsgemeinde Bodenheim, die Red.). Die dem Vertragsverhältnis zu Grunde liegenden Vereinbarungen sind von unserer Seite eingehalten worden". Dazu gehört, laut Steffan, eine unverbindliche Laufzeit, aber auch eine monatliche Prolongationsmöglichkeit der Kassenkredite. Das heißt, die geschlossenen Kreditverträge konnten monatlich verlängert werden. Und: "Davon wurde jeweils Gebrauch gemacht" (Steffan). In den monatlichen (Prolongations-)Schreiben an die Verbandsgemeinde sei immer auch der Zinssatz für die Kredite vermerkt worden. Auf die Frage, ob seitens der Kommune jemals eine Frage zur Höhe des Zinssatzes gestellt wurde, antwortete Steffan knapp: "Nie!" VG-Bürgermeister Stumpf ist nicht "bös´ drum", dass die Kreditfrage nun in den Ortsgemeinderäten thematisiert wurde. "Es ist im Sinne des Bürgers, wenn solche Dinge zur Sprache kommen!" Wie berichtet, haben Lörzweiler und Harxheim dem VG-Chef und seinen Beigeordneten die Entlastung für die Jahresrechnung 2004 verweigert. Gau-Bischofsheim hat sich um einen Termin bei der Finanzverwaltung der VG bemüht, "um offene Fragen zu klären" (Ortsbürgermeister Patric Müller, SPD). Und Nackenheims Bürgermeister Bardo Kraus (CDU), Dr. Willi Kiesewetter (FWG, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses in Lörzweiler) und Harxheims Bürgermeisterin Ursula Knüpper-Heger (CDU) erhoffen sich neue Einsichten in den Sitzungen des VG-Finanzausschusses und des Rates (20. Dezember). Denn sie sehen den VG-Bürgermeister "am Zug" (Kiesewetter).

Aufklärung gefordert

Vom 09.12.2005

hol. VG BODENHEIM Eine Klärung der Umstände und der Verantwortlichkeiten im Zusammenhang mit den zu hohen Zinszahlungen für Kassenkredite innerhalb der Verbandsgemeinde Bodenheim (wir berichteten) fordern die VG-Grünen. Nach Auffassung der Fraktionsvorsitzenden Christina Göth muss geklärt werden, wer die Verantwortung trage - die Verwaltung, der derzeitige VG-Bürgermeister oder der frühere Amtsinhaber. "Über Jahre soll tatsächlich auf allen Ebenen niemandem aufgefallen sein, dass die Zinsen der Kassenkredite weit über dem üblichen Zinssatz lagen?", fragt Göth. Die Grünen hätten am 27. November bei der Kommunalaufsicht alle Unterlagen zur Klärung des Sachverhalts angefordert.

FDP: Kassenkredite früh hinterfragt Krämer nennt "Verstoß gegen Haushaltsrecht" absurd/Stumpf beklagt Gewerbesteuereinbruch

Vom 10.12.2005

VG BODENHEIM Nur die "Flucht nach vorne angetreten" hat nach Ansicht des FDP-Vertreters im Verbandsgemeinderat, Rudolf Dorbert, VG-Bürgermeister Reinhold Stumpf, als er wegen der überhöhten Zinsen für die Kassenkredite die Kommunalaufsicht einschaltete.
Von
Michael Wenke
Dorbert verweist in einer Pressemitteilung darauf, dass er bereits in seiner Haushaltsrede 2004 verlangte, die Kassenkredite näher zu beleuchten, und dieses Thema 2005 - nun zusammen mit CDU und FWG - erneut aufgriff. Wenn VG-Bürgermeister Stumpf betone, dass er die Kommunalaufsicht eingeschaltet habe, sei dies zwar richtig. "Es erfolgte aber erst zu einem Zeitpunkt, als für ihn, auch aus Haftungsgründen, keine andere Wahl mehr bestand." Wäre die Verwaltung nicht durch den Verbandsgemeinderat auf dieses Missmanagement hingewiesen worden, "würden eventuell noch immer überhöhte Zinsen" gezahlt, vermutet Dorbert. Nun gelte es abzuwarten, was die Untersuchung der Kommunalaufsicht ergebe. Der Liberale spart bei seiner Kritik die Volksbank Rhein-Selz EG nicht aus. Ihn verwundert, dass das Kreditinstitut einen so wichtigen Kunden wie die VG Bodenheim mit einem hohem Zinsaufschlag offensichtlich zu Gunsten der eigenen Gewinnmaxime benachteiligt habe. Dorbert empfiehlt dem Bankvorstand, das Vertrauen ihrer Kunden durch Teil-Rückvergütung einer tatsächlich vereinnahmten, weit über dem Markt liegenden Kreditmarge - wohl gemerkt ohne rechtliche Präjudiz - wieder herzustellen. Viele Kunden der Volksbank seien Steuerzahler in der Verbandsgemeinde und zahlten für diese überhöhte Kreditmarge mit ihrem Steuern.
Auch Altbürgermeister Gerhard Krämer (CDU) meldet sich noch einmal zum Thema Kassenkredite zu Wort. Er verweist darauf, dass "zum Zeitpunkt der Vereinbarung mit der Volksbank (im August 2001, die Red.) der Zinssatz angemessen" war. Bei steigenden Zinsen wäre eine langfristige Festlegung sogar wünschenswert gewesen. Diese aber sanken. "Selbstverständlich", so sagt Krämer, "war die Entwicklung am Geldmarkt zu beobachten, um gegebenenfalls reagieren zu können." Die Verwaltung habe jederzeit die Möglichkeit gehabt, die Kassenkredite durch Kreditaufnahmen zu inzwischen günstigeren Bedingungen bei anderen Instituten abzulösen. Jedes der monatlichen "Prolongationsschreiben" der Bank wäre Anlass gewesen, so zu verfahren, betont Krämer. Entsprechend sei Stumpfs Vorwurf, mit der Vereinbarung zwischen VG und Bank sei gegen das Haushaltsrecht verstoßen worden, "absurd", sagt Krämer. Derzeit summieren sich die Kassenkredite der Verbandsgemeinde auf rund 8,3 Millionen Euro, erklärte VG-Chef Stumpf am Freitag auf Anfrage der AZ. Mitte des Jahres hätten sie sogar bei 11,5 Millionen Euro gelegen. Inzwischen seien jedoch Bedarfszuweisungen des Landes an die Gemeinden Bodenheim und Nackenheim geflossen. Es seien im übrigen Großinvestitionen wie die Veranstaltungshalle in Nackenheim und die Dolleshalle in Bodenheim, die wegen der Zwischenfinanzierung die Kassenkredite anwachsen ließen. Einbrüche bei der Gewerbesteuer, beispielsweise der völlige Wegfall der Zahlungen von Kümmerling, hätten die Situation verschärft. Auf die prekäre Höhe der Kassenkredite habe er in all seinen Haushaltsreden hingewiesen, erinnert Stumpf, der versichert: "Die Verbandsgemeindeverwaltung selbst kommt ohne Kassenkredite aus".

Aus "Bequemlichkeit" hohen Zinssatz verlängert CDU verlangt von Stumpf ein Konzept, den Schaden zu begleichen

Vom 13.12.2005

BODENHEIM Heftige Schelte muss Verbandsbürgermeister Reinhold Stumpf seitens der CDU wegen seines Managements bei den Kassenkrediten einstecken.

Von
Michael Wenke
Der VG-Vorsitzende der Union, Dr. Matthias Schäfer, wertet Stumpfs jüngste Erklärungen "als untauglichen und verzweifelten Versuch, die Verantwortung für den Skandal um die überhöhten Kassenkreditzinsen abzuschieben". Wenn der parteilose VG-Chef den hohen Zinssatz entdeckt haben wolle, entspreche dies nicht den Tatsachen. Denn als die Fraktionen während der Haushaltsberatungen 2005 das Kassenkreditmanagement hinterfragten, sei Stumpf "weder auskunftsfähig noch auskunftsbereit gewesen", betont Schäfer. Mit zwei schriftlichen Nachfragen ("nachdem mündliche Aufforderungen unbeantwortet blieben") hätten CDU und FWG "die unglaublich nachlässige Verfahrensweise ans Tageslicht gebracht". Noch am 18. Februar 2005 habe Stumpf versucht "die tatsächliche Höhe der gezahlten Zinsen" zu verschleiern, als er erklärte: "Bei dem Zinssatz handelt es sich um einen Mischzins zwischen Zinsen für Monatsgelder und Zinsen für langfristige Ratenkredite." Schäfer wundert sich zudem über die weitere Auslassung des VG-Bürgermeisters: "Außerdem ist zu beachten, dass die derzeit in Anspruch genommenen elf Kassenkredite an unterschiedlichen Tagen aufgenommen wurden und damit Rückzahlung bzw. Neuaufnahmen von laufenden Kassenkrediten einen Kassenmitarbeiter ca. zwei bis drei Stunden täglich beschäftigen würde." Das beweise, dass unter Stumpf die Kassenkredite "aus Bequemlichkeit und ohne weitere Vergleiche anzustellen" verlängert wurden. Als "reine Schutzbehauptung" wertet deshalb Schäfer Stumpfs Erklärung, der hohe Zinssatz sei aufgrund einer längerfristigen Vereinbarung mit der Hausbank festgeschrieben gewesen. Die CDU verlangt eine "lückenlose Aufklärung" und von Stumpf ein Konzept, wie er den Schaden - nach Berechnungen der Aufsichtsbehörde 400 00 Euro - begleichen will. Die Union sieht darüber hinaus "mindestens eine moralische Verpflichtung der Bank (Volksbank Rhein-Selz eG) gegeben, zu einer Schadenminderung beizutragen".

Für Schweigen 100 000 Euro angeboten

Vom 22.12.2005

mig. BODENHEIM Die Affäre um die überhöhten Kassenkredite der Verbandsgemeinde Bodenheim bringt die Volksbank Rhein-Selz ins Gerede. Der Vorstand soll der VG 100000 Euro unter der Bedingung geboten haben, dass nicht öffentlich wird, dass sie für Kassenkredite der Gemeinde in den Jahren 2001 bis 2005 einen Zinssatz von 4,3 Prozent kassierte. Dies erklärte der parteilose Bürgermeister Reinhold Stumpf. Falls der hohe Zinssatz durch ein Verschulden der Gemeinde innerhalb von drei Jahren bekannt werde, sollte die Gemeinde die Summe zurückzahlen - mit fünfprozentiger jährlicher Verzinsung. Der Schaden für die VG Bodenheim wird vom Rechnungsprüfungsamt des Kreises Mainz-Bingen auf rund 400000 Euro geschätzt.
Kreis

Für Schweigen 100 000 Euro geboten? VG-Bürgermeister: Voba Rhein-Selz wollte juristischen Streit um Kassenkredite ausschließen

Vom 22.12.2005

VG BODENHEIM Die Volksbank Rhein-Selz soll der Verbandsgemeinde Bodenheim 100 000 Euro geboten haben, unter der Bedingung, dass nicht öffentlich werde, dass das Kreditinstitut der Kommune über Jahre hinweg überhöhte Zinsen für Kassenkredite berechnete. Dies erklärte VG-Bürgermeister Reinhold Stumpf am Dienstagabend in der Ratssitzung.

Von
Michael Wenke
In seiner Stellungnahme, die der Redaktion schriftlich vorliegt, erklärte Stumpf, dass der Vorstand der Voba Rhein-Selz, vertreten durch die Vorstandssprecher Dieter Steffan und Willi Merz, dieses Angebot ihm und Büroleiter Loh am 9. Mai unterbreitet habe. Schriftlich sei später ergänzt worden, dass der VG-Bürgermeister eine Vereinbarung unterzeichnen sollte, in der als Bedingung "die Geheimhaltung" gefordert wurde. Käme innerhalb von drei Jahren nach der Zahlung der 100 000 Euro "dieses Thema an die Öffentlichkeit ...", sah die Vereinbarung eine Rückzahlungspflicht an die Voba Rhein-Selz mit entsprechender 5-prozentiger jährlicher Verzinsung vor. Die Volksbank Rhein-Selz war gestern auf Anfrage dieser Zeitung nicht zu einer Stellungnahme bereit. Jedoch kündigte Vorstandsmitglied Willi Merz für Donnerstag eine Erklärung der Bank an. Mit seiner Erklärung reagierte VG-Bürgermeister Stumpf im Rat auf die vorausgegangene Debatte und die Abstimmung über die Jahresrechnung 2004. Der Rat hatte zwar die Jahresrechnung 2004 in der von der Verwaltung vorgelegten Form festgestellt, folgte aber der Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses und beschloss, "dem Bürgermeister und den Beigeordneten der VG keine Entlastung zu erteilen. Wenn der Schadensausgleich für die zu hoch gezahlten Zinsen der Kassenkredite geklärt ist, wird erneut beraten". Der Ausschuss hält in seiner Begründung fest, dass im Haushaltsjahr 2004 für Kassenkredite ein Zinssatz von 4,3 Prozent gezahlt wurde. Marktüblich seien 2,0 bis 2,2 Prozent gewesen. Außerdem wird auf den Prüfungsbericht des Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamts verwiesen. Dieses hatte festgestellt, dass die Voba regelmäßig nach einer erneuten Vertragsverlängerung die neue Fälligkeit der Darlehenssumme sowie die Beibehaltung oder Anpassung des Zinssatzes mitgeteilt habe. Allerdings habe die VG "trotz eines allgemein bekannten sinkenden Zinsniveaus auf dem Zinsmarkt" die Kassenkredite nicht zum Zweck der Zinsanpassung gekündigt. Auch seien keine Vergleiche angestellt worden, um einen günstigeren Zinssatz zu ermitteln. Die Aufsichtsbehörde hatte einen Schaden von rund 400 000 Euro errechnet, davon etwa 200 000 Euro für das Jahr 2004. Dr. Willi Kiesewetter (FWG) machte ein "Organisationsverschulden" aus, weil "jegliche Kontrollfunktion in der Verwaltung nicht funktionierte". Deshalb trage der VG-Bürgermeister "die Verantwortung für den erheblichen finanziellen Schaden". CDU-Fraktionsvorsitzender Dr.Matthias Schäfer sprach von einem "einmaligen Vorgang. Wir werden aufklären müssen, wie es dazu kam." SPD-Sprecher Thomas Glück wollte nicht allein der Verwaltung die Schuld aufbürden: "Jeder von uns hat etwas dazu beigetragen ..., weil wir in den Vorjahren nicht hartnäckig genug nachgefragt haben." Christina Göth von den Grünen forderte, den gesamten Sachverhalt zu klären und zu prüfen, ob Pflichtverletzungen vorliegen. Untersucht werden müsse, warum "bei der Rechnungsprüfung durch den Kreis nicht die Zinssätze überprüft werden". Rudolf Dorbert (FDP) warf VG-Bürgermeister Stumpf "handwerkliche und fachliche Fehler" bei seiner Amtsführung vor: "In einem privatwirtschaftlichen Unternehmen würden sie entlassen!" Er forderte, den "Schmusekurs (mit dem parteilosen Bürgermeister) zu beenden!"

Voba Rhein-Selz wollte keine Diskussion Geldinstitut bestätigt Zahlungsangebot, um öffentliche Debatte über hohe Zinsen zu verhindern

Vom 23.12.2005

VG BODENHEIM Der Vorstand der Volksbank Rhein-Selz bestreitet nicht, "dem guten langjährigen und für unsere Bank wichtigen Kunden" Verbandsgemeinde Bodenheim am 9. Mai 2005 100 000 Euro angeboten zu haben, damit die VG Stillschweigen über die Höhe des Zinssatzes von 4,3 Prozent für die von 2001 bis 2005 gewährten Kassenkredite wahrt.

Von
Michael Wenke
Ziel sei es gewesen, so die Bank in ihrer gestrigen Stellungnahme, "von vornherein eine eventuelle Zahlung ohne Anerkennung einer Rechtspflicht zu leisten, um damit die von Herrn Stumpf (Verbandsbürgermeister der VG Bodenheim, die Red.) angedrohte, sicherlich unsachlich geführte öffentliche Diskussion in der Öffentlichkeit zu vermeiden". Sollte die Offerte dennoch publik werden, wollte die Bank die Summe inklusive fünf Prozent jährlicher Zinsen zurück. Der Vorstand der Bank verweist darauf, dass es sich "bei den in Rede stehenden Kassenkrediten ... hinsichtlich dem zu Grunde liegenden Zinssatz um einen Zinssatz für längerfristige Kredite" handelte. Die Höhe der Kassenkredite habe

sich kontinuierlich aufgebaut. Zwischen der Bank und der Kommune seien jeweils einzelne Kreditverträge geschlossen worden, die vom Verbandsbürgermeister persönlich unterschrieben wurden. Was die Kassenkredite der Gemeinde Bodenheim ganz allgemein angeht, verweist die Voba Rhein-Selz auf die Stellungnahme der Kreisverwaltung Mainz-Bingen zur Haushaltssatzung der VG Bodenheim für das Haushaltsjahr 2004 vom 6. April 2004. Darin kritisierten die Haushaltsprüfer die dauernde Inanspruchnahme von Kassenkrediten (in der VG Bodenheim übliche Praxis, die Red.) als "Ersatz für die Aufnahme langfristiger Kredite". Dies sei mit dem "eigentlichen Sinn dieser Möglichkeit zur Kassenverstärkung" nicht vereinbar, hatte die Aufsichtsbehörde bemängelt. Der Vorstand der Volksbank zieht daraus den Schluss, dass es sich bei den immer wieder verlängerten Kassenkrediten "möglicherweise von Seiten der Verbandsgemeindeverwaltung um einen Verstoß gegen die Gemeindeordnung handelt, dass aber ein durch die Bank verursachter Schaden in keinem Fall entstanden ist". Einer möglichen gerichtlichen Überprüfung sehe man gelassen entgegen. Nach Ansicht des Bankvorstands versucht VG-Bürgermeister Reinhold Stumpf "mit Teilinformationen ... Stimmung zu machen, um vom eigentlichen Kernthema abzulenken". Ein Vorwurf, den der Parteilose zurückweist. Er habe lediglich darüber informiert, dass "ich mich um Schadensausgleich bemüht habe, seitens der Volksbank aber inakzeptable Forderungen gestellt wurden". Anfang Dezember habe, zu seinem Erstaunen, ein Vertreter der Voba Rhein-Selz der Gemeinde einen Kassenkredit zum Zinssatz von 2,45 Prozent angeboten, berichtet Stumpf. Er sei verpflichtet, das günstigste Angebot zu akzeptieren. Deshalb belaufen sich die Kassenkredite der Kommune bei der Volksbank Rhein-Selz inzwischen wieder auf 4,3 Millionen Euro, erklärt Stumpf auf Anfrage dieser Zeitung. Insgesamt habe die VG Bodenheim Kassenkredite in Höhe von 9,3 Millionen Euro aufgenommen.

"Nicht auf Kollegen einhauen" VG-Bürgermeister Reinhold Stumpf über Kassenkredite und Etat 2006

Vom 28.12.2005

VG BODENHEIM Wie sind die Verbandsgemeinden und Gemeinden rund um Mainz für das neue Jahr aufgestellt? Zweite Station ist die VG Bodenheim, die fünf Ortsgemeinden umfasst. Verbandsbürgermeister Reinhold Stumpf (parteilos) steht Rede und Antwort.

Herr Stumpf, die Beratungen für den Haushalt 2006 werden überschattet von der Affäre um zu hohe Zinszahlungen bei den Kassenkrediten. Es geht - wie berichtet - um 400000 Euro. Ziehen Sie persönliche Konsequenzen?
AZ-Interview
Stumpf: Mein Versäumnis ist es gewesen, dass ich erst so spät dem Fehler auf die Spur gekommen bin, dass wir auf dem Sektor der Kassenkredite die Zinsen nicht abfragen. Ich bin von marktüblichen Zinsen ausgegangen. Ich denke aber nicht an persönliche Konsequenzen. Sie sehen also keine Verantwortung in der Verwaltung der VG? Stumpf: Es wäre die Verpflichtung meines Vorgängers Krämer von der CDU gewesen, mich bei der Amtsübergabe auf die längerfristige Kassenkredit-Vereinbarung mit der Voba Rhein-Selz hinzuweisen. Aber eine Einarbeitung fand nicht statt. Er hat mich eventuell bewusst ins offene Messer laufen lassen. Meine Mitarbeiter haben sich zu lange an die bereits 14 Monate vor meinem Amtsantritt getroffene Vereinbarung gehalten. Aber es gibt von mir keinerlei Vorverurteilungen, ich will keinen Druck ausüben und auf die Kollegen einhauen. Vielleicht muss den Mitarbeitern jedoch mehr bewusst werden, dass sie mehr Eigenverantwortung tragen. Jetzt muss alles aufgearbeitet werden. Dennoch verstummt quer durch die Parteien die Kritik an Ihrer Amtsführung nicht, auch im Zusammenhang mit dem Verkauf des Hauses Krone in Harxheim. Sie hätten Ihre Verwaltung nicht im Griff, lautet der Vorwurf. Stumpf: Nach meinem Amtsantritt 2002 habe ich die Mitarbeiter in der Verwaltung nicht ausgetauscht, sie sind nicht dümmer und schlechter geworden. Mein Führungsstil setzt jedoch, wie bereits gesagt, auf mehr Transparenz und Eigenverantwortung. Das war auch beim Haus Krone so. Der Mitarbeiter meines Liegenschaftsamts hatte von mir den Auftrag, das Haus Krone zu verkaufen und mir den Vorgang erst wieder vorzulegen, wenn ich gegenzeichnen muss. Vorwerfen kann man mir lediglich, dass ich nicht schon am 28. Oktober, sondern erst am 2. November Ortsbürgermeisterin Knüpper-Heger über den Verkauf informiert habe. Aber ich wollte das Gespräch mit dem Kreis nicht gefährden. Das Thema Haus Krone ist nach dem Verzicht der Gemeinde, das Vorkaufsrecht auszuüben, abgeschlossen; 265000 Euro fließen in die leere VG-

Kasse. Welche Spielräume gibt es 2006? Stumpf: Unser vorrangiges Ziel ist das Sparen. Die Schulden sollen von derzeit 10,93 Millionen auf 10,6 Millionen Euro gesenkt werden. Bei meinem Amtsantritt waren es noch 11,8 Millionen. Der Anbau an die Regionale Schule in Nackenheim ist das größte Projekt 2006. Die Vergabe ist beschlossen, im Frühjahr kann es losgehen. Der Zuschuss beträgt 80 Prozent. Für die Feuerwehren geben wir im nächsten Jahr 100000 Euro aus. Angeschafft werden Fahrzeuge für Gau-Bischofsheim und Bodenheim. Ich plädiere auch für die Einstellung eines hauptamtlichen Feuerwehr-Gerätewartes. Die Stelle wird von den Fraktionen aber wahrscheinlich wieder aus dem Haushalt rausgenommen. Was steht 2006 noch an?
Stumpf: Großes Thema ist die Fortschreibung des Flächennutzungsplans. Die Wünsche der Gemeinden sind abgefragt. Wichtig ist, ein Vorzugsgebiet für Windenergieanlagen auszuweisen, um Wildwuchs zu verhindern. Nach einem Gutachten kommen drei Flächen in der Verbandsgemeinde in Frage. Am sinnvollsten wäre ein Areal zwischen Lörzweiler und Mommenheim. Ein Betreiber steht in den Startlöchern. Thema ist auch das von Harxheim gewünschte, jetzt aber von der ADD in Trier unter Hinweis auf den dortigen Grünzug abgelehnte Gewerbegebiet an der L425 (gegenüber der Tankstelle am Abzweig Ebersheim). Auch das Tauziehen um die teilweise umstrittenen Ortsumgehungen in Bodenheim, Gau-Bischofsheim und Harxheim geht inzwischen munter weiter...
Stumpf: Das Land hat Ende März neue Verkehrszählungen in den drei Gemeinden angekündigt. In Mainz geht man nämlich von niedrigeren Zahlen als wir in unserem VG-Verkehrsentwicklungsplan aus. Wenn die Zahlen vorliegen, muss das Land entscheiden.
Das Interview führte Dieter Oberhollenzer.

"Grenzenlose Unverschämtheit"
Alt-Bürgermeister Gerhard Krämer wehrt sich gegen Stumpf-Vorwürfe bei Kassenkrediten

Vom 29.12.2005

hol. VG BODENHEIM "Ich bin erschüttert, bei Herrn Stumpf keinerlei Schuldbewusstsein erkennen zu können", reagiert der frühere Verbandsbürgermeister Gerhard Krämer (CDU) auf Vorwürfe seines Nachfolgers im Zusammenhang mit dem Streit um zu hohe Zinsen bei Kassenkrediten (AZ-Interview: "Nicht auf Kollegen einhauen"). Zum Vorwurf, er wäre bei der Amtsübergabe verpflichtet gewesen, auf das Thema Kassenkredite hinzuweisen, sagt Krämer: "Es gab und gibt in jeder VG-Verwaltung eine Vielzahl laufender Vorgänge, zu denen Akten vorhanden sind und die zuständigen Mitarbeiter auf Nachfrage gerne und kompetent Auskunft geben."
Die Behauptung Stumpfs, "ich hätte ihn `eventuell bewusst ins offene Messer rennen lassen`", sei eine "grenzenlose Unverschämtheit". Durch die nachlässige Handhabung der Kreditverlängerung, jedes Mal von Herrn Stumpf unterschrieben, sei nicht Stumpf persönlich, sondern die VG, "der ich drei Jahrzehnte gedient habe", geschädigt worden. Der frühere VG-Bürgermeister, der 2002 verabschiedet wurde, unterstreicht in seiner Stellungnahme, dass bei der von ihm mit der Volksbank Rhein-Selz geschlossenen Vereinbarung die Zinsen der Marktlage entsprochen hätten. Und: "Jeder der zahlreich vorgenommenen Verlängerungen hätte für Herrn Stumpf Veranlassung sein müssen, sich über das aktuelle Zinsniveau zu informieren. Wenn er dies unterlassen hat, so ist dies allein von ihm zu vertreten und nicht von seinen Mitarbeitern, denen er in dem Interview letztlich doch die Schuld zuschiebt."

Glück: "In einer tiefen Vertrauenskrise" SPD fordert VG-Bürgermeister Reinhold Stumpf zu Transparenz und Zusammenarbeit auf

Vom 11.01.2006

VG BODENHEIM Eine tiefe Vertrauenskrise zwischen dem parteilosen VG-Bürgermeister Reinhold Stumpf und den Fraktionen im Gemeinderat hat SPD-Sprecher Thomas Glück ausgemacht. Stumpf wirke überfordert und habe seine Verwaltung nicht im Griff.

Von
Michael Wenke
Das mangelnde Vertrauen in die Fähigkeiten des VG-Chefs begründet Glück nicht zuletzt mit Stumpfs Umgang mit den Kassenkrediten. Es möge ja sein, dass die ersten noch zu Zeiten dessen Vorgängers, Gerhard Krämer (CDU), aufgenommen wurden, doch das Gros entfalle auf Stumpfs Amtszeit. Gehe man von einem Schaden von knapp 415 000 Euro aus, der sich ergeben habe, weil für die Kassenkredite spätestens ab Dezember 2001 zu hohe Zinsen bezahlt worden seien, dann entfielen davon nur knapp 17 000 Euro auf von Krämer abgeschlossene Verträge. Es nütze nichts, sagt Glück, wenn Stumpf lamentiere, dass Krämer ihn nicht in die Amtsgeschäfte eingeführt habe. Auf jeden Fall hätte dem VG-Bürgermeister nicht erst bei den Beratungen des Haushalts 2005 - aufgrund der bohrenden Fragen des FDP-Vertreters Rudolf Dorbert - auffallen müssen, dass ein zu hoher Zinssatz von 4,3 Prozent bezahlt wurde. Besonders deswegen, weil Stumpf schon bei seiner Etatrede für den Haushalt 2004 am 16. Dezember 2003 die ständig steigende Kassenkredite beklagt hatte. "Die Konsequenz hat dann aber gefehlt", sagt Glück. Erst am 11. Februar 2005 habe Stumpf auf Drängen der Fraktionen einen Überblick der Kassenkredite und auch des Zinssatzes vorgelegt. Damals habe ihm Übles geschwant, berichtet Glück im Gespräch mit der Redaktion. Letztlich habe es zweieinhalb Jahre gedauert, bis die innere Kassenführung korrigiert worden sei. Das einzige, was man dem Verwaltungschef zu Gute halten könne, sei, dass er im Frühjahr 2005 umgehend die Eigenschadensversicherung eingeschaltet habe, meint Glück. Doch er vermisse, dass Stumpf als Leiter der Verwaltung die Fehler einräume und die Verantwortung übernehme. Das sei unabdingbar, wolle der Parteilose eine neue Vertrauensbasis zu den Fraktionen aufbauen. Diese ist aus Sicht Glücks aber unverzichtbar. Immerhin dauere die Amtszeit des Bürgermeisters noch fünfeinhalb Jahre. Eine Rücktrittsforderung hält Glück zum jetzigen Zeitpunkt für verfrüht. Er macht sie davon abhängig, ob der Gemeindeversicherungsverband den Schaden anerkennt und reguliert. Glück fordert, dass der VG-Bürgermeister sich auf die Fraktionen zubewegt. Dabei dürfe er aber nicht zwischen den Positionen und den Fraktionen hin und her lavieren, bis er zwischen allen Stühlen sitze - und sich "im freien Fall" wiederfinde. Mehr Transparenz nennt Glück als weitere Voraussetzung für eine engere Zusammenarbeit mit dem Rathauschef. Diesem komme entgegen, dass die Fraktionen bereit seien, ihre ideologischen Fronten zu Gunsten sachbezogener Arbeit aufzugeben.

Fraktionen machen Front gegen Stumpf VG-Rat fordert in seiner Sondersitzung zu Kassenkrediten mehr Führungsqualität

Vom 13.01.2006

BODENHEIM Eindringliche Appelle aller Fraktionen musste sich VG-Bürgermeister Reinhold Stumpf am Mittwochabend in der Sondersitzung des Gemeinderates anhören: Er solle seinen Stil ändern, mehr Transparenz in seine Arbeit bringen und die Verwaltung führen.

Von
Michael Wenke
Die Mitarbeiter des Rathauses füllten die Zuschauerränge, als der VG-Chef eine seiner bittersten Stunden im Amt erlebte. Einstimmig beschlossen die Ratsmitglieder die Einsetzung einer Akteneinsichtskommission, "die für alle Bürger transparent" klären soll, wie es zu den überhöhten Zinsen für Kassenkredite kam, welcher "möglicherweise vermeidbare Schaden" entstanden ist und welche Verantwortung "Sie als Verwaltungschef" tragen, wie CDU-Sprecher Dr. Matthias Schäfer den von allen Fraktionen eingebrachten Antrag begründete. Thomas Glück (SPD) erwartete von der Kommission "ein Höchstmaß von Transparenz", nachdem die bisherigen Unterlagen nicht ausreichten, die Vorgänge zu bewerten. Dr. Willi Kiesewetter (FWG) beklagte, dass Stumpf "nicht erkennbar etwas getan" habe, den Schaden von der Gemeinde abzuwenden oder zumindest zu verringern, Christina Göth (Grüne) befürchtete, dass die Kommunalversicherung für den Schaden nicht aufkommen werde. Rudolf Dorbert (FDP) vermisste bei Stumpf Loyalität mit seinen Mitarbeitern, bei denen inzwischen die Angst umgehe. Der Verwaltungsleiter bedauerte diesen Eindruck und versicherte: "Ich habe gutes Personal übernommen." Er sei außerdem an einer verbesserten Zusammenarbeit mit den Gemeinderatsmitgliedern interessiert und "werde auf sie alle zugehen" Dem Wunsch der Kreisverwaltung, mit der Aussprache über die Prüfung des Haushalts-, Kassen-

und Rechnungswesens bis zur Offenlegung der gesamten Haushalts- und Wirtschaftsprüfung 2004 zu warten, folgte der Rat nicht. Einstimmig votierte er für eine Debatte in der nächsten Ratssitzung und eine vierwöchige Offenlegung des Berichts. In diesem bemängeln die Prüfer, dass kein Vergleich mit marktüblichen Zinsen angestellt und die Zinsen für Kassenkredite nicht angepasst wurden. Eine "Aufklärungs- und Warnpflicht" der Bank komme allenfalls bei nicht besonders geschäftserfahrenen und rechtsunkundigen Darlehensnehmern in Betracht, "zu denen sicherlich nicht die Verwaltung in Ausübung der ihr übertragenen Kassengeschäfte zählt". Zum Ausgleich des Schadens von rund 400 000 Euro fordert die Kreisverwaltung, "die rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen (Rückforderung, Haftung der Verantwortlichen, Inanspruchnahme der Eigenschadenversicherung) und Ansprüche der Verbandsgemeinde durchzusetzen".
Ausgesprochen unzufrieden zeigte sich der VG-Rat auch mit Stumpfs Entwurf des Haushalts 2006 - obwohl ihm der Haushaltsplan einer Nachbar-VG als "Muster" überreicht worden sei. "Eine verantwortungsbewusste Prüfung ist mit den zur Verfügung gestellten Daten nicht möglich." Der Rat forderte deshalb nachdrücklich Nachbesserungen, damit der VG-Bürgermeister nicht wie im Vorjahr Informationen widerstrebend und zum Teil erst auf mehrfache Nachfrage nachreiche.

Neuanfang wichtig
Dieter Oberhollenzer zur VG-Krise

Vom 13.01.2006

Dem parteilosen Reinhold Stumpf, der seit 2002 nach seinem überraschenden Wahlsieg das Amt des Bürgermeisters der Verbandsgemeinde Bodenheim bekleidet, bläst der Wind seit Wochen kräftig ins Gesicht. Im Gemeinderat steht ihm eine selbstbewusste Ablehnungsfront gegenüber; in der Verwaltung rumort es ebenfalls. Und die Öffentlichkeit reibt sich verwundert die Augen. Der politisch stark angeschlagene Bürgermeister hat es jetzt selbst in der Hand, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. Entscheidend ist dabei, dass er bei der Verwaltung nicht nur auf die Stärkung der Eigenverantwortung setzt, sondern seine Führungs- und Kontrollfunktion besser ausfüllt. In diesem Zusammenhang muss sich Stumpf endlich dazu durchringen, die Mitverantwortung in der Affäre um die Kassenkredite klipp und klar einzuräumen. Ausreden zählen nicht mehr. Wichtig ist auch ein schwungvoller Neuanfang im Verhältnis zu den frustrierten Fraktionen im Verbandsgemeinderat. Wenn das nicht überzeugend gelingt, wäre eine angeschlagene Verbandsgemeinde mit einem führungsschwachen Bürgermeister bei einer Gebietsreform eine willkommene Beute der Nachbarn.

Leserbrief

Vom 14.01.2006

Die Verbandsgemeinde Bodenheim hat 400000 Euro zu viel Zinsen für ihre Kassenkredite bezahlt. Die politische Aufarbeitung schlägt Wellen.
"Sein Bestes" ist nicht gut genug.
Man mag ja dem parteilosen VG-Bürgermeister zugute halten, dass er stets das Beste für die Verbandsgemeinde möchte. Nur sein Bestes ist leider nicht gut genug. Wie kann man über Jahre hinweg regelmäßig einen Verwaltungsvorgang daraus machen, unzeitgemäße Kreditsätze abzuzeichnen und am Ende seinen Vorgänger oder die ausführenden Mitarbeiter als verantwortlich darzustellen? Das ist zu billig. Dafür fehlt mir das Verständnis - Verantwortung ist anders.
Martin Raßfeld
Harxheim